

Rückblick zur Einwohnerversammlung

Rund 100 Bürgerinnen und Bürger folgten der Einladung von Gemeindeverwaltung und -rat und ließen sich am 7. März im Rahmen der Einwohnerversammlung im Gemeindehaus von Bürgermeister Daniel Kohl über aktuelle kommunalpolitische Themen informieren.

Zu Beginn stand die **Finanzsituation der Gemeinde** im Vordergrund. Kohl erläuterte anhand eindrücklicher Folien, dass man aktuell einen der höchsten Rücklagenstände in der Geschichte der Gemeinde verzeichnen kann. Lag dieser Anfang 2017 noch bei 150.000 EUR, so konnten das Jahr über 494.000 EUR in den Rücklagentopf gespült werden, sodass man aktuell über eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 644.000 EUR verfügen kann und dadurch der gesetzlich vorgeschriebene Mindestbestand um fast 600.000 EUR überschritten ist.

Aufgrund stetiger Tilgungsleistungen entwickelte sich die Verschuldung der Gemeinde kontinuierlich nach unten. Der Schuldenstand der Gemeinde lag 2013 noch bei 850.600 EUR, zum Jahresende 2017 bei 657.100 EUR und wird – prognostiziert für Ende 2018 – bereits auf rd. 591.000 EUR zurück geführt werden können, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von etwa 415 EUR entspricht (geringfügig unter dem Landesdurchschnitt vergleichbarer Gemeinden). Der Finanzhaushalt 2018 ist ausgeglichen und die Gemeinde kommt damit das vierte Jahr in Folge ohne Kredite aus, trotz zahlreicher umgesetzter Maßnahmen, wie die West-Erweiterung des Friedhofs, der Straßenausbau „Im Hofacker“, ein Grunderwerb in der Ortsmitte mit rd. 3.000 m², die energetische Sanierung eines gemeindlichen Wohn- und Geschäftsgebäudes, die Verlegung des Wertstoffhofs zur Schaffung von zwei neuen kommunalen Bauplätzen im Haldenweg sowie der Grunderwerb einer Fläche im Westen der Kirchstraße für zwei weitere Bauplätze der Gemeinde. In den vergangenen beiden Jahren wurde zudem auch die energetische Sanierung des Gemeindehauses mit Finanzspritzen von Bund und Land angegangen sowie der Wasserhochbehälter „Halden“ nach über 40 Jahren saniert und mit einer neuen und modernen Ultrafiltrationsanlage ausgestattet.

Selbst die Finanzierung für die beiden anstehenden Maßnahmen (Kauf eines Feuerwehrfahrzeugs und Sanierung des Bauhofs mit Neubau einer Fahrzeug- und Lagerhalle) ist ohne Kredite gesichert und im Haushalt finanziert.

Das einstige „Sorgenkind Gewerbesteuer“ - die Gemeinde musste 2013 mit einem gravierenden Einbruch von fast 120.000 EUR umgehen – hat sich zwischenzeitlich ein Stück weit erholt und steigt seit 2015 (97.300 EUR) kontinuierlich an (2017: 189.800 EUR).

Auch wenn sich der Rücklagenbestand aufgrund anstehender Maßnahmen wieder reduzieren wird, so konnte Bürgermeister Daniel Kohl verkünden, dass der Bürgerschaft für 2018 und vermutlich auch 2019 keine Steuer- und Gebührenerhöhungen zugemutet werden müssen, im Übrigen seit 2015 in Folge (ausgenommen der Hundesteuer, die bereits zum 01.01.2018 erhöht wurde) – im Bereich Wasser/Abwasser wurde bereits sogar eine Reduzierung in Aussicht gestellt.

Trotz allen sich positiv entwickelten Zahlen und der erfreulichen Tatsache, dass trotz vieler investiver Maßnahmen aktuell auf neue Darlehen verzichtet werden kann, bleibt die Ertragskraft des kommunalen Haushalts nach wie vor gering. Auch ging Kohl kurz auf die Entwicklung der Betriebskostenumlage an den Grundschul- und Kindergartenverband ein, die sich vor zehn Jahren (2008: 150.000 EUR) bis heute (330.000 EUR) mehr als verdoppelt hat. Nicht zuletzt aus der Öffnung der gesetzlich vorgeschriebenen Bereitstellung von Gruppen für Unter-Drei-Jährige und einer notwendigen Personalaufstockung sowie schlussendlich dem damit verbundenen Bau des „neuen“ Kinderhauses rühren diese stark gestiegenen Zahlen.

Bürgermeister Kohl sagte zu, dass die sorgfältige und sparsame Wirtschaftsführung der Gemeinde fortgeführt und Konsolidierung nach wie vor großgeschrieben wird. Schon aufgrund der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens (NKHR) und der damit verbundenen Einführung der Doppik muss die Gemeinde ihre Abschreibungen künftig erwirtschaften, was den Haushaltsausgleich kommender Jahre nicht einfach machen wird.

Kohl versicherte abschließend, dass Gemeinderat und Verwaltung seit Jahren sowie künftig alles daran setzen, eine sparsame, wirtschaftliche und dennoch aktive Kommunalpolitik zu betreiben.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden seitens der Einwohnerschaft keine Fragen gestellt.

Über die Hintergründe, Kosten und Technik der **neuen Ultrafiltrationsanlage im Wasserhochbehälter „Halden“** referierte Kohl in Form einer Präsentation. Er schilderte die Vorkommnisse vom Juli 2016, als sich ein e-coli-Bakterium ins örtliche Trinkwasser geschlichen hatte, just in dem Zeitraum, als eine bereits vom Gemeinderat beschlossene Sanierung des bis dahin 40 Jahre alten Hochbehälters mit veraltetem Sand-Kohle-Filter aufgrund nicht zugesagter Landesmittel zurück gestellt werden musste. Der Gemeinderat fasst

daraufhin erneut den Beschluss, die Maßnahme im Folgejahr anzugehen und erneut Mittel zu beantragen – dann mit Erfolg: knapp 270.000 EUR erhielt die Gemeinde Gammelshausen für diese umfassende Sanierungsmaßnahme. Seit wenigen Tagen ist die Maßnahme nun nach über einjähriger Baustellenphase abgeschlossen und sowohl (wieder) die Gammelshäuser Quellen als auch die neue Ultrafiltrationsanlage am Ortsnetz angeschlossen. Nicht nur die Anlage wurde beschafft, sondern auch die komplette Guss-Verrohrung ersetzt – in zeitgemäßer Edelstahl-Ausführung. „Kein Stein blieb auf dem anderen“, so Kohl. Fliesen wurden teilweise getauscht und eine komplett neue Elektrotechnik eingebaut, sodass die gesamte Anlage ab sofort vollautomatisch laufen und per Fernwartung überwacht werden kann. Kohl: „Dieses jüngst abgeschlossene Projekt stellt eines der wichtigsten infrastrukturellen Maßnahmen der Gemeinde Gammelshausen im Hinblick auf die Sicherstellung eines einwandfreien Trinkwassers dar, wofür ich mich an dieser Stelle beim Gemeinderat für die notwendigen Beschlüsse, die stets einstimmig erfolgten, bedanken möchte.“ Ein ausdrücklicher Dank galt an diesem Abend aber auch dem langjährigen Wassermeister Fritz Maier. Der Bürgermeister nahm die Versammlung zum Anlass, Herrn Maier für seine jahrzehntelange, höchst gewissenhafte und professionelle Leistung für das örtliche Trinkwasser zu danken, was die Zuhörer mehrfach mit großem Beifall bekräftigten. Herr Maier hatte sich sehr stark für die Sanierung und die neue Filtertechnik eingesetzt. Er wird Ende März nach über 50 jähriger Tätigkeit den wohlverdienten Ruhestand antreten. Die EVF Göppingen übernimmt daraufhin die technische Betriebsführung der Anlage.

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden seitens der Einwohnerschaft keine Fragen gestellt.

Als wichtige Investition steht die **Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeugs für die Freiwillige Feuerwehr Gammelshausen** an. Bürgermeister Daniel Kohl erläuterte anhand von Bildern und Zahlen zunächst die aktuelle Ausstattung der örtlichen Wehr. Demnach besitzt die Gemeinde ein Löschfahrzeug LF 8, Baujahr 1986, sowie ein Tragkraftspritzenfahrzeug, TSF-W, aus dem Jahr 2002. Für das LF 8 sah der vom Gemeinderat beschlossene Bedarfsplan bereits für den Zeitraum ab 2013 eine Ersatzbeschaffung vor. Das mittlerweile rund 32 Jahre alte LF gehört zu den ältesten im Landkreis Göppingen und muss dringend ersetzt werden. Kohl informierte, dass sich die Verwaltung bereits seit dem Jahr 2016 intensiv mit der Thematik beschäftigt und im vergangenen Jahr zunächst die rechtlichen wie technischen Notwendigkeiten für ein neues LF eruierte. Demnach sprechen sich aufgrund bester Erfahrungen mit dem derzeitigen LF 8 alle Beteiligten wieder für das kleinste, aber für die örtlichen Anforderungen ausreichende Löschgruppenfahrzeug aus - das LF 10. Dieses stellt das kleinstmögliche zurzeit genormte Löschgruppenfahrzeug im deutschen Feuerwehrwesen dar, das den rechtlichen Anforderungen entspricht (Besatzung von neun Personen, technische Beladung zur Brandbekämpfung und Menschenrettung). Alle kleineren Fahrzeuge, die es durchaus noch gibt, haben nach Aussage Kohls lediglich eine so genannte Staffelbesatzung von sechs Personen, die wiederum einen Mannschaftstransportwagen notwendig machen würden. Die Hilfsfrist besagt, dass innerhalb von zehn Minuten eine Löschgruppe die erste Maßnahme eingeleitet haben muss, was wiederum bedeutet, dass bei einem Staffelfahrzeug zusätzlich ein MTW notwendig wäre, während das LF 10 sowohl die notwendige Besatzungserfordernis als auch die rechtlich technische ausreichende Beladung besitzt. Zudem ließen die Platzverhältnisse im Feuerwehrmagazin einen MTW als drittes Fahrzeug gar nicht zu, was wiederum zur Folge hätte, dass eine dritte Fahrzeugbox an das Magazin angebaut werden müsste. Demnach sprachen sich Verwaltung, Feuerwehr und der Gemeinderat Anfang des Jahres für ein LF 10 aus. Auch Kreisbrandmeister Prof. Dr. Reick sieht darin in Bezug auf die Anforderungen in Gammelshausen sowie des Feuerwehrbedarfsplans die sinnvollste wie alternativlose Ersatzbeschaffung für unsere Feuerwehr. Sowohl der Feuerwehrausschuss als auch der Gemeinderat hat dieses Fahrzeug zwischenzeitlich begutachtet. Dabei wurde festgestellt, dass einige neuwertige Teile der Beladung des heutigen LF 8 in ein neues Fahrzeug übernommen werden können, was wiederum Kosten sparen wird. Das Angebot wird nach Aussage des Bürgermeisters derzeit ausgearbeitet, es wird jedoch zwischen etwa 280.000 und 300.000 EUR liegen. Im Januar fand auf dem Rathaus ein Gespräch mit dem Kreisbrandmeister statt, der aufgrund verschiedener Parameter für die Gemeinde Gammelshausen eine reelle Chance sieht, zeitnah in den Genuss einer Fachförderung von aktuell 92.000 EUR für das benötigte Fahrzeug zu kommen (zzgl. den beantragten Mitteln aus dem Ausgleichstock in Höhe von ca. 100.000 EUR).

Der Bürgermeister teilte mit, dass bei Zusagen der entsprechenden Förderstellen die Gemeinde einen monetären Eigenanteil für dieses Fahrzeug in Höhe von rund. 100.000 bis 110.000 EUR zu schultern hätte; diese Finanzierung sei erfreulicherweise in der mittelfristigen Finanzplanung ohne Kredite finanziert. Der Förderantrag sei gemäß einstimmigem Gemeinderatsbeschluss zwischenzeitlich gestellt, vsl. im Sommer fällt hierzu die Entscheidung. Im positiven Fall hätte man dann bis zum Frühjahr/Sommer 2019 Zeit, die europaweite Ausschreibung vorzubereiten. Im Herbst 2019 könnte dann die Auftragsvergabe für das LF 10 durch den Gemeinderat und die Auslieferung des Fahrzeugs im Frühjahr 2020 erfolgen. Zu

diesem Zeitpunkt wäre das LF 8 dann bereits 34 Jahre im Einsatz. Sollte der Erstantrag der Gemeinde Gammelshausen abgelehnt werden würde das Verfahren ab 15.02.2019 erneut starten und die Chancen ggf. für 2019/2020 steigen, was dann aber wiederum eine Inbetriebnahme erst im Jahr 2021 bedeuten würde. Der Bürgermeister stellte abschließend nochmals klar, dass die technischen Mängel einen enorm hohen Aufwand in der Fahrzeugunterhaltung erfordern. Diesen Zustand dürfte man nicht noch weiter hinaus ziehen und damit riskieren, dass die Feuerwehr nicht mehr optimal einsatzfähig ist und somit die Sicherheit für die Bürgerschaft auf's Spiel gesetzt wird. Daher freut sich Kohl auch hier über den einstimmigen Gemeinderatsbeschluss vom 6. Februar 2018 zur Stellung des Förderantrags für das benötigte Löschfahrzeug. Kohl versicherte der Bürgerschaft gegenüber, dass "unsere Feuerwehr hinsichtlich dieser Investition nur das Notwendigste für unsere gemeindlichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten wünscht und die Kür dabei überhaupt keine Rolle spielt". Er dankte an dieser Stelle auch Kommandant Wolfgang Mürter sowie dem gesamten Ausschuss und allen Kameradinnen und Kameraden für die konstruktive Zusammenarbeit sowie namens der Bürgerschaft für die großartige ehrenamtliche Leistung und das Engagement der örtlichen Feuerwehr. Kohl weiter: "Die anstehende Ersatzbeschaffung stellt zum einen einen wichtigen Invest dar in die Zukunft unserer Freiwilligen Feuerwehr und damit auch eine Wertschätzung für unsere derzeit 42 aktiven Kameradinnen und Kameraden. Vor allem aber bedeutet diese Beschaffung eine Investition in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger von Gammelshausen." *Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden seitens der Einwohnerschaft keine Fragen gestellt.*

Zahlreiche Fragen und Anregungen seitens der anwesenden Bürgerinnen und Bürgern lösten der **Lärmaktionsplan Gammelshausen** aus. Sowohl Bürgermeister Daniel Kohl als auch Gutrun Bentele vom Büro Kurz & Fischer, Winnenden, erläuterten eingangs den Sachverhalt und Zwischenstand der seit 2016 erarbeiteten Untersuchungen. Kohl bemerkte eingangs, dass er seit seiner bald fünfjährigen Amtszeit vermutlich zu keinem Thema mehr Anrufe, Hilferufe und Bitten erhielt, als zu den Themen Lärm und Verkehr entlang der Ortsdurchfahrt. Hierzu hielt er fest, dass verschiedene Maßnahmen angegangen wurden, wie die Untersuchung an verschiedenen Stellen der Hauptstraße, mit geänderten Verkehrsführungen eine Geschwindigkeitsreduzierung zu erreichen. Leider stellte sich im konkret provisorisch umgesetzten Fall auf Höhe der Einmündung Fuchseckstraße leider keine sicht- und spürbare Verbesserung heraus. Weiter fanden auf Antrag der Verwaltung zahlreiche Verkehrsschauen mit Regierungspräsidium, Landratsamt, Polizei und Straßenmeisterei statt. Unter anderem gelangen auf Antrag der Gemeindeverwaltung drei Maßnahmen:

Die Reduzierung von 70 auf 50 Km/h von Süden kommend zwischen der letzten Serpentinengkurve und dem Friedhof / Ortseingang sowie zwischen Gammelshausen und Heiningen auf 70 Km/h. Ebenso wurde die Ampelregelung am Rathaus von Bedarfs- auf ständige Rot-/Grün-Stellung im Jahr 2017 geändert, was dazu führte, dass die Ampel seither auch als solche wahrgenommen wird und den Verkehr im Ortskern ein Stück weit vorsichtiger fahren lässt.

Ein weiteres Signal in Richtung „Vorsicht“ sandte der Gemeinderat Anfang 2018 in Form des Beschlusses für einen Fahrradschutzstreifen entlang der Hauptstraße - beginnend am Kreisverkehr bis hoch zur Einmündung Kornbergstraße. Neben der Sicherheit für Zweiräder erhofft sich Verwaltung und Gemeinderat auch eine vorsichtiger Fahrweise vom Pkw- und Lkw-Verkehr. Dennoch bleibt nach Aussage des Bürgermeisters die Landesstraße 1217, die auch als Bedarfsumleitung für die Autobahn A8 gilt, eine "Schwachstelle von Gammelshausen", was die Gemeinde im Zuge einer von der EU per Richtlinie veranlassten Lärmkartierung zur Aufstellung eines Lärmaktionsplans verpflichtet. 2015 beauftragte der Gemeinderat das Büro Kurz & Fischer mit jener Planung. Gutrun Bentele erläuterte die Ergebnisse von Verkehrszählung und die damit verbundenen Möglichkeiten hinsichtlich nachhaltiger Maßnahmen für die Straße, die täglich 11.600 Fahrzeuge zwischen Kreisverkehr Gammelshausen und Heiningen befahren und ab Kreisverkehr in Richtung Süden täglich zwischen 5.000 und 6.700 Fahrzeuge. Schlussendlich reichen demnach die planerisch ermittelten Betroffenheitswerte nicht aus, eine Geschwindigkeitsreduzierung tagsüber durchzusetzen. Die Verwaltung schlug dem Gemeinderat daher für die laufende öffentliche Beteiligung drei Maßnahmen vor: eine nächtliche Temporeduzierung zwischen Rathaus und Kornbergstraße von 50 auf 30 Km/h, das Anbringen einer Motorradlärmanzeige im Bereich der Wohnbebauung am Ortsende Richtung Süden sowie ein Förderprogramm des Landes für passive Schallschutzmaßnahmen an Gebäuden im Rahmen der Lärmsanierung des Landes. Bürgermeister Daniel Kohl brachte mehrfach zum Ausdruck, dass die heutige Versammlung genutzt werden sollte, weitere Anregungen mit in die laufende Entwurfsphase und Beteiligung zu nehmen.

Zahlreiche Wortmeldungen wurden vorgebracht: So wurde u. a. bemängelt, dass das EU-Verfahren keine echte Lärmmessungen zulässt sondern lediglich Lärmanalysen gemäß "theoretischer Annahmen". Eine Anwohnerin im Norden der Gemeinde brachte zum Ausdruck, dass sich "immer alles nur um's Oberdorf dreht" (den Süden in Richtung Serpentin), die Straße nach und von Heiningen aber tags wie nachts

ebenso starke Lärmbeeinträchtigungen mit sich bringen. Der beschlossene Fahrradschutzstreifen wurde von mehreren Bürgern befürwortet, nicht aber die extra deshalb ausgewiesenen Ersatzparkflächen im nördlichen Bereich der Hauptstraße. Diese würden nach Aussage einiger dafür sorgen, dass hauptsächlich der Lkw-Verkehr laute (Motor-)Bremsvorgänge und Anfahrärm verursacht. Auch wurde die Meinung kundgetan, dass nur "richtige Fahrbahnverschwenkungen" etwas bringen würden, wie beispielsweise an den Ortseingängen in Hattenhofen. Auf die Frage hin, ob die Gemeinde an den Einnahmen des stationären Blitzers ortseinwärts beteiligt ist, verneinte der Bürgermeister. Trotz der Tatsache, dass für einen neuen Blitzler ortsauwärts die Gemeinde den Invest von ca. 20.000 EUR zu schultern hätte, jedoch keine Einnahmen hieraus generieren könnte, schlug ein Anwohner diese Anschaffung vor. Mehrmals forderte der Bürgermeister die Einwohnerschaft auf, ihre schriftlichen Stellungnahmen noch bis Gründonnerstag auf dem Rathaus einzureichen und betonte, dass man als Gemeinde mit der entsprechenden Schlagkraft der Betroffenen möglicherweise höhere Chancen hätte, was die Umsetzung der Maßnahmen betrifft. Am Ende dankte er für die rege Beteiligung und vielen Anregungen zu einem Thema, das die Gemeinde sicherlich noch lange beschäftigen wird.

Die (städte-) bauliche Entwicklung in Gammelshausen stand sodann auf dem Plan und Bürgermeister Kohl erinnerte bildhaft an verschiedene Baustellen im Ort, die die Gemeinde angegangen ist, um Bauwilligen in Gammelshausen eine Möglichkeit zu bieten, den Traum vom Eigenheim realisieren zu können. Nachdem Gammelshausen ein tendenziell "überalterter Ort" ist und stets Neubürger benötigt suchte die Gemeinde innerörtliche Optionen, um Baulücken zu filtern und Arrondierungen anzupacken. So wurden kommunale Flächen entwickelt, wie beispielsweise im Schulweg mit einem Achtfamilienhaus der Kreisbau Filstal, dem ehemaligen Wertstoffhofgelände im Haldenweg sowie in der Kirchstraße (mit jeweils zwei Bauplätzen für Ein- bzw. Zweifamilienhäuser). Ebenso ermöglichte der Gemeinderat in einem großen Hausgarten am nördlichen Ortsrand den Bau eines Einfamilienhauses und derzeit wird ein Gebäude in der Hauptstraße 55 errichtet. Zwei Mehrfamilienhäuser mit Tiefgarage sollen zudem im Süden an der Hauptstraße entstehen (Bauantrag liegt der Verwaltung zwischenzeitlich vor). Dass die Gemeinde eine sinnvolle Nachverdichtung unterstützt sieht man auch am Beispiel einer 3.000 m² großen Freifläche zwischen der Friedhof- und Fuchseckstraße, für die der Gemeinderat einen mittlerweile rechtskräftigen Bebauungsplan für fünf Gebäude aufstellte.

Kommunal gesehen steht ebenfalls ein wichtiges bauliches Projekt auf der Agenda, nämlich der örtliche **Bauhof**. Kohl erläuterte, dass sich Verwaltung und Gemeinderat seit einigen Jahren intensiv mit dem Bauhofstandort in der Kornbergstraße auseinandersetzen. Dieser stellt eine "nur sehr notdürftige Ausstattung" dar (u. a. keine Heizung vorhanden, enorme Kapazitätsnot usw.). An insgesamt sieben Standorten im Gemeindegebiet verteilt lagern Fahrzeuge, Maschinen, Wasserleitungen, Kanalmaterial, Laternenmasten und Leuchtmittel, Festutensilien, Baustoffe, Schilder usw. Für den Bauhof bedeutet dies höchst unwirtschaftliche Arbeitsabläufe. Um hier Abhilfe zu schaffen fasste der Gemeinderat vor nunmehr acht Jahren den ersten Grundsatzbeschluss, Flächen am Bauhof so zu tauschen, dass ein sinnvoller Standort für eine Gesamtlösung realisiert werden kann und man sich damit für eine Erweiterung flächenmäßig Optionen schafft. Die wohnbaubezogene Verlegung des Wertstoffhofs wurde mit der Option angegangen, diesen kurz- bis mittelfristig mit dem Bauhof an dessen Standort zu zentralisieren. Das im Juli 2017 beauftragte Architekturbüro Autenrieth & Jargon, Eislingen, arbeitete zwei Varianten für ein solches Vorhaben aus, wonach das asbesthaltige Dach des Bestandsgebäudes sowie die Außenfassade umfassend saniert werden soll, ebenso den Sanitärbereich. Eine Heizung soll eingebaut werden, sodass das Gebäude ausschließlich als Werkstatt und Aufenthaltsraum für die drei Mitarbeiter dient. Im Westen der Fläche ist eine 10x18m große Fahrzeug- und Lagerhalle in Holzfertigbauweise geplant, vor der ausreichend Platz für die Privatfahrzeuge der Mitarbeiter sowie die Wertstoffhof-Container geschaffen werden soll. Der Gemeinderat fasste im Herbst 2017 den Grundsatzbeschluss, dass die Verwaltung auf Grundlage der heute nochmals vorgestellten Planung die Förderfähigkeit mit dem Land klärt und auch die bau- wie artenschutzrechtlichen Voraussetzungen (u. a. Vogelschutzgebiet) für eine Genehmigungsfähigkeit; ein entsprechendes Gutachten ist laut dem Bürgermeister bereits in Auftrag gegeben.

Dieser ging im Weiteren auf die Kosten ein, nachdem sich die umfassende Sanierung im Bestand auf brutto 105.000 EUR beläuft (Zuschuss im Rahmen des Landessanierungsprogramms "Ortskern" i. H. v. 36% gesichert) und die Kostenschätzung für den Neubau bei rd. 300.000 EUR brutto liegt. Hierfür wurde nach Aussage des Bürgermeisters bereits im Januar 2018 ein Förderantrag aus dem Ausgleichstock beim Land gestellt. Das Fördervolumen liegt hier bei ca. 60%. Im Juli 2018 erhält die Gemeinde dann den Bescheid, ob die Maßnahme gefördert wird oder nicht. In die Gesamtkosten aktuell nicht eingerechnet ist die notwendige Wegeverlegung (ca. 80.000 bis 100.000 EUR).

Sollten die Landesförderungen wie beantragt fließen läge der kommunale Eigenanteil für die Sanierung bei ca. 65.000 EUR, für den Neubau bei etwa 120.000 EUR. Die Maßnahme ist, wie heute bereits erläutert, ohne die Aufnahme von Krediten im Haushalt finanziert.

In der anschließenden Fragerunde erkundigte sich ein Bürger, ob eine gemeinsame Bauhoflösung mit Dürnau nicht mehr weiterverfolgt wird. Der Bürgermeister erläuterte hierzu, dass seit Jahren sowohl eine intensivere Zusammenarbeit mit Dürnau als auch eine interkommunale Lösung mit dem Verbandsbauhof Heiningen-Eschenbach untersucht und im Gemeinderat beraten wurde. Auch habe sich vor sechs Jahren eine Arbeitsgruppe u. a. mit diesem Thema beschäftigt. Ein gemeinsamer Bauhof mit Dürnau wird nun allerdings aus verschiedenen Gründen nicht (mehr) forciert, vielmehr sollen aber in den nächsten Jahren gemeinsame Anschaffungen beider Bauhöfe im Vorfeld diskutiert werden. Ein Beispiel hierfür ist eine jüngst angeschaffte Wildkrautbürste für beide Gemeinden, sozusagen als "kleiner Einstieg" für mögliche gemeinsame Anschaffungen. Weiter gab Kohl zu bedenken, dass interkommunale Zusammenarbeit nicht immer automatisch auch nur mit Vorteilen verbunden ist.

Eine Bürgerin merkte an, dass sie es trotz der heute erläuterten Notwendigkeit schade findet, den Bauhofstandort in der Kornbergstraße durch einen Neubau zu vergrößern und damit einen landschaftlich so schönen und wertigen Bereich versiegelt. Der Bürgermeister teilte mit, dass man genau aus diesem Grund bereits planerisch versucht habe, den Bereich so weit als möglich nach Osten zu rücken und auch möglichst gering die Böschungssituation zu tangieren. Im Gemeinderat habe man zudem das Thema Wegeverlegung nochmals diskutiert. In Stein sei die heutige Planung definitiv noch nicht gemeißelt, allzu viele Varianten habe man allerdings aufgrund des schlichtweg notwendigen Platzbedarfs nicht. Weiter sah die Sprecherin in dem dort geplanten Standort für den Wertstoffhof einen Nachteil, was das Erreichen der privaten Lieferanten betrifft. Kohl vertrat die Ansicht, dass der Standort im Vergleich zum "alten Standort Haldenweg" topografisch gesehen nahezu "gleich gut oder gleich schlecht" erreichbar ist. Ein Bürger erkundigte sich, ob der neue Bau- und Wertstoffhof mit Halteverboten o. ä. in der Kornbergstraße verbunden ist. Der Bürgermeister sagte hierzu, dass dies aus heutiger Sicht definitiv nicht geplant ist, zumal die Straße breit genug ist, was das An- und Abfahren eines Lkw zur Leerung der Wertstoffhofcontainer betrifft.

Bürgermeister Daniel Kohl ging daraufhin noch auf die wohnliche und gewerbliche Dorfentwicklung Gammelshausens ein, insbesondere auf die aktuell laufende **Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2030**. In dieser befindet sich die Gemeinde Gammelshausen mit den Nachbarkommunen im Verwaltungsverband "Raum Bad Boll". Verschiedene Optionen wurden im Ort untersucht und schlussendlich drei Flächen auserkoren, die die Gemeinde gerne im nächsten FNP ausgewiesen hätte. Zum einen handelt es sich als Wohnbaufläche um ein privates Grundstück im Schulweg, westlich des Achtfamilienhauses der Kreisbau Filstal. Diese stellt aus Sicht der Gemeinde, aber auch nach Einschätzung diverser Träger öffentlicher Belange, eine optimale Fläche im Ortskern dar mit der Nähe zu Kindergarten und Schule sowie zur örtlichen Nahversorgung. Zur Ansiedlung von Gewerbebetrieben wird eine Mischgebietsfläche beantragt in der Dürnauer Straße, südlich angrenzend an den Aldi-Markt. Nördlich des Aldi ist im Planentwurf eine Sondergebietsfläche für den Handel ausgewiesen.

Eine Bürgerin fragte hierzu nach, ob es stimme, dass sich in Gammelshausen ein Drogeriemarkt niederlassen möchte. So weit sei man nach Aussage des Bürgermeisters zwar "noch lange nicht", er bestätigte aber die Anfrage eines Drogeriemarktes. Allerdings seien die Unternehmer nicht nur an Gammelshausen interessiert, wobei die Standortfaktoren für Drogeriemarkte in Gammelshausen grundsätzlich nicht schlecht sind, wie "Frequenzbringer Aldi" und eine vielbefahrene Landesstraße.

Der Bürgermeister informierte die Anwesenden über eine neue baugesetzliche Möglichkeit für Kommunen, Flächen in Wohnbauflächen umzuwandeln, wenn sie sich an bereits bebaute Ortsteile oder Baugebiete anschließen, so genannten **§ 13b BauGB**. Die Grundfläche muss dabei weniger als 10.000 m² betragen. Hierbei ist der Flächennutzungsplan nicht maßgebend, genauso wenig ist ein Umweltbericht zu erstellen. Der Artenschutz ist aber selbstverständlich weiterhin zu prüfen. Das Bebauungsverfahren nach diesem Paragraphen muss bis Ende 2019 förmlich eingeleitet werden, ein Satzungsbeschluss ist bis Ende 2021 zu fassen. Verwaltung und Gemeinderat sind sich nach Aussage von Bürgermeister Kohl darüber einig, entsprechende Flächen im Gemeindegebiet zu eruieren und dann im Gremium hierüber öffentlich zu beraten. Vornehmlich sollte es aus Sicht Kohls um bereits im Gemeindeeigentum befindliche Flächen gehen, da der Faktor Zeit dabei nicht unerheblich ist. Wichtig war es Gemeinderat und -verwaltung, die Bürgerschaft über diese neue Gesetzeslage zu informieren.

Ein **aktueller Bericht über gemeindliche Angelegenheiten** rundete die diesjährige Einwohnerversammlung ab. So informierte der Bürgermeister kurz und prägnant über den beantragten,

erstmalig vollständig durch das Land finanziert und vsl. im April 2018 zur Ausführung kommenden **Fahrradschutzstreifen** zwischen dem Kreisverkehr hochwärts bis zur Einmündung Kornbergstraße. Ebenso ließ Kohl kurz den letztjährigen "Gammelshäuser Almbtrieb" in Bildern Revue passieren und erläuterte kurz die verschiedenen Vorschläge aus der Bürgerschaft, um die die Gemeinde gebeten hatte, nachdem ein Gewinnanteil von rund 2.000 EUR für ein **dorfgemeinschaftliches Projekt** verwendet werden soll. Der Gemeinderat wird im April öffentlich über die eingegangenen Vorschläge beraten. Die Leiterin vom "Haus der kleinen Füße", **Chris Maier**, wird nach über 26jähriger Tätigkeit im Grundschul- und Kindergartenverband den wohlverdienten Ruhestand antreten. Die offizielle Verabschiedung steht noch an, bereits heute dankte Kohl Frau Maier für ihre jahrelange Treue zum Verband und ihre engagierte Arbeit zum Wohle aller Kindergartenkinder. Kurz erläuterte der Bürgermeister die aktuelle **Asyl-Situation in Gammelshausen**; demnach lebt derzeit eine vierköpfige anerkannte Familie aus Afghanistan in einer von der Gemeinde angemieteten Privatwohnung. Vier Männer aus Syrien bewohnen eine gemeindeeigene Gemeinschaftsunterkunft in der Hauptstraße. Der Gemeindeverwaltungsverband ist der erste im Land, der sich "**N!-Region**" nennen darf. Der Verband gehört mit seinen sechs Gemeinden zur Nachhaltigkeitsregion und erarbeitet derzeit verschiedene Themen zur Nachhaltigkeit im Verbandsgebiet. Im Mai wird eine öffentliche Beiratssitzung stattfinden, die von einem Filmteam begleitet wird. Für Gammelshausen sitzen im N!-Beirat Ursula Bader, Hans Hohlbauch und Daniel Kohl. Voraussichtlich zwischen April und Juni 2018 wird der **Schulweg** von der Hauptstraße bis zum Gebäude Nr. 6 ausgebaut und erfährt neben dem Bau einer breiteren Fahrbahn samt Gehweg auch eine Kanalsanierung sowie eine Sanierung der Wasserleitung. Eine neue Stromleitung wurde bereits verlegt. Die Bauzeit beträgt etwa sechs Wochen. Bürgermeister Kohl startete einen Aufruf für den monatlichen Gammelshäuser Seniorentreff, die "**Donnerstagsrunde**", deren Organisation er vor über einem Jahr von Frau Berti Rau übernommen hat und informierte kurz über die vielseitigen Aktivitäten des Treffs im Gemeindehaus. Von einem Bürger wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, einen bestimmten Abschnitt des **Albtraufgängerweges** an der Steige schmal zu schottern, um gefährliche Situationen mit dem motorisierten Verkehr zu vermeiden und eine Trennung auch optisch zu verdeutlichen.

Nach rund zweieinhalb Stunden beendete Bürgermeister Daniel Kohl die diesjährige Einwohnerversammlung und dankte allen anwesenden Bürgern für das Interesse und den regen Austausch. Ebenso richtete er seinen Dank an den Gemeinderat und die Verwaltung für die stets konstruktive, vertrauensvolle und ehrliche Zusammenarbeit zum Wohle der Gemeinde und seiner Einwohner.